

Auer Tageblatt

Abstellungen nehmen die Postämter
und für Anzeigen die Postämter
entgegen. — Erscheint wochentlich.
Sonderdruck-Anschlag Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Preis: 10 Pfennig pro Stück

Nr. 156

Mittwoch, den 6. Juli 1932

27. Jahrgang

Frankreich hält am Gläubigervorschlag fest

Der Stand der Verhandlungen in Lausanne

Sitzung der fünf Gläubigermächte

Abreise MacDonalds schon am Donnerstag

Lausanne, 4. Juli. Die heutige Vormittags-Sitzung der fünf Gläubigermächte, die um 11 Uhr begann, dauerte etwa 1 1/2 Stunden. Dabei hatten sich die Teilnehmer mit den Ergebnissen der gestrigen Unterhaltung zwischen den deutschen Delegierten und MacDonald auseinandergesehen, in denen die Deutschland gemachten Vorschläge kritisch behandelt und in einzelnen wesentlichen Punkten durch deutsche Anregungen variiert worden waren. Nach Schluß der Sitzung verläutet, MacDonald habe erklärt, daß er am Donnerstagabend unbedingt abreisen müsse, um am Freitagmittag wieder in London zu sein. Herriot sei ebenfalls gekommen, nachdem die Aussprache in der Kammer vertagt worden sei, nunmehr wie ursprünglich vorgesehen, bereits am Dienstagfrüh wieder nach Lausanne zurück, wo er schon um 9 Uhr vormittags eine Besprechung mit MacDonald haben werde.

Frankreich hält sich an den Gläubigervorschlag

Paris, 4. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Paris haben die französischen Delegierten der englischen Delegation einen Besuch abgestattet und ihr erklärtes, die französische Delegation halte sich an den grundsätzlichen Vorschlag, der zwischen den Gläubigern am 2. Juli verabredet sei, gebunden.

Maskierung der vier Milliarden?

Lausanne, 4. Juli. Gegenüber französischen Pressevertretern soll der französische Finanzminister Germain Martin erklärt haben, daß er die Ziffer von 4 Milliarden Mark als sein letztes Wort betrachte. Doch scheint man jetzt im gegenseitigen Lager zu versuchen, diese Ziffer durch eine Aufstellung in die von deutscher Seite als eventuell tragbar bezeichnete zusätzlich der Rückstände aus dem Hooverjahr zu maskieren. Entschieden ist aber kaum vor Beendigung der morgen früh stattfindenden Besprechung Herriot-MacDonald zu erwarten, bei der die heute vormittag noch einmal hiesig fixierten und dem englischen Premierminister überreichten deutschen Einwendungen und Anregungen als Grundlage dienen werden.

Wachsendes Verständnis für den deutschen Standpunkt?

Lausanne, 4. Juli. Aus der heutigen Sitzung der fünf Gläubiger verläutet von ausländischer Seite, daß zwar vielfach der Wunsch besteht, an der Ziffer von vier Milliarden festzuhalten, die von der Gegenseite gundlich vorgeschlagen worden war, daß aber doch die deutschen Gesichtspunkte gewürdigt und zum Teil als durchaus diskutabel angesehen würden. So betrachte man die Möglichkeit, bei einer Verminderung der Summe feste Annuitäten zu vereinbaren, als eine Erleichterung für ein Entgegenkommen in der Frage der Ziffer. — Zu dem Verlauf der gestrigen Besprechungen hören wir weiter, daß es sich in der Tat nicht um einen Gegenwortschlag, sondern um eine wechselseitige Aussprache gehandelt habe. In dieser Aussprache wurde deutscherseits darauf hingewiesen, daß zwar das Angebot, das MacDonald ausgesprochen hatte, nicht annehmbar erscheine, daß man sich aber vorstellen könne, wenn die Befestigung der Differenz wegen des Unsicherheitsfaktors der Schulden an Amerika und eine Streichung von Teil 8 des Versailler Vertrags durch die hier gewonnenen Ergebnisse möglich sei, zu einer Verständigung im Prinzip gelangen zu können. Eine bestimmte Zahl ist nicht angeboten, sondern auf die Gegenfrage, was Deutschland tragen könne, erwidert worden, daß sich etwa über einen Betrag von zwei Milliarden sprechen ließe, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt würden. Die Modalitäten der Begleichung die mehr eine Formfrage seien, wurden in verschiedenen Einzelberechnungen, die sich über zehn, zwanzig und dreißig Jahre erstrecken, vorgelegt. Eine fixe Zahlung in Gestalt solcher Annuitäten scheint gewissermaßen als Äquivalent für eine starke Herabminderung der Summe gedacht zu sein und wird offenbar nach den heute im französischen Lager verbreiteten Auffassungen auch als solche empfunden. — Von englischer Seite sind Bedenken dagegen geltend gemacht worden, weil eine fixe Zahlung unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch nicht auf alle Fälle festgelegt werden könnte. Die Forderung selbst sollte auf ein Spezial-

konto erfolgen, aber das die Gläubigermächte verfügen könnten, aber dessen Ertrag für den Wiederaufbau verwendet werden müßte. In Bezug auf die Kriegsschuldfrage, also den Artikel 231, ist im Verlaufe der Besprechungen deutscherseits ein Hinweis erfolgt, ohne daß über die Form, in der die moralische Belastung beseitigt werden könnte, eine bestimmte Verständigung vorgeschlagen wurde. Man denkt sich aber die Regelung etwa so, daß Teil 8 des Versailler Vertrages durch die hier getroffene Regelung vollständig ersetzt sei. Zum Schluß ist zu betonen, daß eine Belastung der Reichsbahn oder irgend eines anderen bestimmten Objekts nicht in Frage kommt, sondern nur eine Verpflichtung des Reiches. Der vorerwähnte deutsche Standpunkt ist übrigens heute nochmals schriftlich in einem Schreiben des Reichskanzlers an MacDonald niedergelegt worden.

Die Grenzen des Entgegenkommens

Was ist für Deutschland tragbar?

Berlin, 4. Juli. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ war in den letzten Tagen innerhalb der rechtsstehenden Presse dadurch aufgefallen, daß sie der deutschen Delegation in Lausanne besonders eindringlich den Rat gab, jede Möglichkeit einer Verständigung mit unseren Verhandlungsgegnern in Lausanne recht gründlich auszunutzen. Man erblickte darin eine Wiederkehr von Wünschen, die in bestimmten Wirtschaftskreisen offenbar vorhanden sind, in denen man die wirtschaftlichen Gesichtspunkte anheimelnder stärker bewertet als die politischen Momente, die für die Delegation in Lausanne ebenfalls maßgebend sein müssen. Deute fast

Neue englische Zollerhöhungen

London, 4. Juli. Durch eine Verordnung des Schatzamtes werden die vorläufigen Zollsätze von 33,33 Prozent auf Eisen- und Stahlerzeugnisse, die am 25. Juli ablaufen sollten, auf weitere drei Monate in Kraft gesetzt. Außerdem werden Zollzuschläge für Sicherheitspapier und ein Zoll auf durchsichtiges Zellulosepapier für Umschläge eingeführt.

Wählreden Brünings im Rheinland

Reuf, 4. Juli. Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning sprach heute hier vor etwa 10 000 Zuhörern, wo er u. a. erklärte: Wir wollen nicht den Bürgerkrieg sondern Frieden und Freiheit. Wir wollen die Nation zusammenschweißen durch unsere Arbeit und unser Beispiel, weil wir so dem Vaterland am besten dienen.

Anschließend sprach Dr. Brüning in Arefeld vor etwa 15 000 Zuhörern.

In Mönchen-Glabbach sagte Dr. Brüning, das Zentrum werde sich entschieden wehren, wenn versucht werden sollte, die Rechte des Volkes zu beseitigen. In seinem Kampf gegen die Bemühungen der Nationalsozialisten, die Herrschaft einer Einzelpartei in Deutschland aufzurichten, werde das deutsche Zentrum unermüdetlich sein.

„Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbsloser“

Kaisersruhe, 4. Juli. In einer Erwerbslosenversammlung wurde hier gestern der Beschluß gefaßt, bei den kommenden Reichstagswahlen unter dem Namen „Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbsloser“ mit einer eigenen Kandidatenliste hervorzutreten. Nach Angaben des Arbeitsausschusses dieser Vereinigung will sie in keiner Weise die Neugründung einer Parteiorganisation sein, sondern einen Selbstschutz bilden, der über den Parteien die Forderungen der Erwerbslosen, Kleinrentner und Kriegsbeschädigten im kommenden Reichstag vertritt.

Aufruf Dietrichs zum Reichstagswahl

Berlin, 5. Juli. Der Führer der Deutschen Staatspartei, Reichsminister a. D. Dietrich, hat an die Mitglieder und Freunde der Partei einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Verfassungsmäßig nicht zuständige Kräfte haben die Regierung Brüning zu Fall gebracht und die Auflösung des Reichstages herbeigeführt. Aus den Vorarbeiten für die Befreiung von den Reparationen und aus den Aufgaben zur Bewältigung der Sorgen des nächsten Winters wurde das Kabinett herausgerissen und an seine Stelle auf einem verfassungsmäßig nicht einwandfreien Weg ein Kabinett von Angehörigen des Adels und des Militärs gesetzt. Die zurückgetretene

die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ihre Stellungnahme zu den jetzigen Vorgängen in Lausanne folgendermaßen zusammen:

„Der Endkampf geht einmal um die Höhe eines deutschen Beitrages für den europäischen Wiederaufbau. Unter der Bedingung, daß die Tribute endgültig gestrichen werden, daß Teil 8 des Versailler Diktats (am der unerhörten Kriegsschuldfrage nunmehr außer Kraft tritt) und über die Diskriminierung Deutschlands durch Teil 8 eine der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung Rechnung tragende Verabredung zustande kommt, halten wir einen solchen Beitrag für möglich, sofern er 1-2 Milliarden RM nicht erheblich übersteigt, sofern alle Schwierigkeiten mit den Bereinigten Staaten entfallen und die finanzpolitische Durchführung der notwendigen Anleihe zuriebenehend geregelt werden kann. Es ist keine Rede davon, daß die frühere Reichsregierung ein besseres Ergebnis hätte erzielen können. Das Kabinett Papen bedarf, wenn es mit einem solchen Abkommen nach Hause zurückkehrt, keiner Entschuldigung. Aber diese negative Feststellung entlastet es nicht von der Notwendigkeit, sorgfältig zu prüfen, ob eine in Lausanne zu schließende Vereinbarung innenpolitisch erträglich ist, ob insbesondere die Nationalsozialistische Partei in der Lage sein wird, ihr im neuen Parlament zuzustimmen. Wenn das Abkommen so aussieht, wie wir es oben als deutsche Forderung gekennzeichnet haben, so bejahen wir diese Frage und halten eine große Reichstagsmehrheit zur Ratifizierung für wahrscheinlich. Ueber jene Grenze aber kann die deutsche Abordnung nicht gehen.“ — Dieser letzte Satz muß besonders unterstrichen werden!

Regierung hat die Einstellung der Reparationszahlungen im vorigen Jahre erreicht. Herr von Papen erntet jetzt, wo sie gesät hat. Sie hat mit außerordentlicher Sparsamkeit den Etat des Reiches um fast 4 Milliarden gesenkt. Die Deutsche Staatspartei wird den Kampf um die Erhaltung von Republik und Demokratie, um die Sicherung der Volkswirtschaft und um die Erhaltung des selbständigen deutschen Menschen. Die Deutsche Staatspartei als die Partei der Mitte, die bisher allein gegenüber der rechtsradikalen Sturmflut Widerstandskraft bewiesen hat, geht nicht ohne Auswirkungen in diesen Kampf, zumal dafür gesorgt werden wird, daß diesmal bei uns keine Stimme mehr verloren gehen wird. Wir rufen das arbeitende Bürgertum in Stadt und Land, das der Freiheit und der Republik die Treue hält, als Mitkämpfer auf. Jetzt muß sich entscheiden, ob wir noch ein Staatsvolk sind, das seine geschichtliche Aufgabe versteht.“

Schwere politische Zusammenstöße

Feuerbach, 4. Juli. Gestern mittag kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei drei Nationalsozialisten verletzt wurden. Ein noch schwerer Zusammenstoß erfolgte gegen Mitternacht. Hierbei wurden fünf Nationalsozialisten zum Teil schwer verletzt. Auf kommunistischer Seite gab es mehrere Leichtverletzte. Die Polizei war bis nach Mitternacht tätig und nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

Kommunist von Kriminalbeamten in Rotweh erschossen

Berlin, 5. Juli. Im Südosten Berlins wurde gestern abend ein Kriminalbeamter der politischen Polizei, der gegen eine politische Schlägerei einschritt, von mehreren Kommunisten zu Boden geschlagen. In der Rotweh feuerte darauf der Beamte einen Schuß ab, der den 32-jährigen Arbeiter Rudolf Kubatz tödlich in die Herzgegend traf.

Ein Todesopfer in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 5. Juli. Am Montagabend kam es nach Beendigung einer nationalsozialistischen Demonstration zu Zusammenstößen. Dabei wurde in der Altstadt ein Nationalsozialist von Kommunisten erschossen und ein Nationalsozialist verletzt.

Nächtliche Schießereien

Essen, 4. Juli. Am Sonntag, gegen Mitternacht, wurden von Unbekannten an drei Stellen der Stadt Schüsse auf Polizeibeamte und auf Nationalsozialisten abgegeben. Der Polizeiwachmeister Binger wurde durch einen Schuß am linken Fuß verletzt. Ein Verdächtiger wurde festgenommen. — In der Nacht zum Montag wurde aus